

Politischer Jahresbericht

Südosteuropa 2006/2007



Belgrad

Regionalbüro Südosteuropa, Juli 2006-Juli 2007

Dragoslav Dedović

Regionalbüro Südosteuropa der Heinrich-Böll-Stiftung
Leiter: Dragoslav Dedović
Dobračina 43
11000 Belgrad
Serbien
Tel. +381-11-30 33 833
Fax +381-11-328 5180
Email: hbs-bgd@hbs.org.yu

Inhalt

Zusammenfassung.....	2
2. Serbien.....	3
3. Kosovo.....	7
4. Montenegro.....	8
5. Bosnien Herzegowina.....	9
6. Kroatien.....	13
Regionaler Ausblick.....	16

Zusammenfassung

In den vergangenen zwölf Monaten fanden **in Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Serbien Wahlen statt**. Sie zeigten, dass ohne Nationalismus weiterhin kaum ein gutes Ergebnis einzufahren ist. Selbst Parteien und Politiker, die früher als nicht nationalistisch galten, schlugen kräftig in die populistische Kerbe und wurden dafür mit guten Ergebnissen honoriert. Demnach findet in der Region anstelle einer Modernisierung der Gesellschaft eine „Modernisierung des Nationalismus“ statt.

Es gibt jedoch erfrischende Ausnahmen: Mit der **Liberaldemokratischen Partei (LDP)** ist in Serbien endlich eine menschenrechtsbetonte, pro-europäische und für eine rasche Modernisierung der Gesellschaft eintretende Gruppierung im serbischen Parlament vertreten. Auch in Montenegro wurde die aus einer NRO hervorgegangene **Bewegung für Veränderungen (PZP)** zu einer relativ starken parlamentarischen Gruppe, die in Reformen einen Ausweg aus dem serbisch-montenegrinischen Zwist sieht. Das zeigt, dass die EU-Perspektive die attraktivste nicht-nationalistische Idee in einem Gebiet bleibt, in dem der ethnische Nationalismus weiterhin dominiert.

Die ungelöste Status-Frage des Kosovos entpuppt sich immer mehr als Ursache der Instabilität in der Region.

Serbien befindet sich hinsichtlich der Unabhängigkeitsbestrebungen des Kosovos in einer politischen Sackgasse: Belgrad ist nicht im Stande, die albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo demokratisch zu verwalten und weigert sich zugleich, ihren mehrmals bekundeten Unabhängigkeitswillen zu akzeptieren. In den vergangenen zwölf Monaten gelang es den serbischen Diplomaten mit Hilfe Russlands, die einheimische politische Sackgasse in eine Art Remake der diplomatischen Schlacht aus dem Kalten Krieg zu verwandeln. Das Pseudo-Dilemma „Die EU oder das Kosovo“, wird in Serbien gerne von rechts außen als Totschlagargument gegen die EU verwendet. Die moderaten Politiker in Belgrad versuchen sich an der Quadratur des Kreises: sowohl EU-Beitritt als auch Verhinderung der Abspaltung des Kosovos. Diese national-utopische Illusion wird sicherlich die demokratische Stabilisierung Serbiens verlangsamen.

Im Schatten dieser Probleme fand eine nicht unbedeutende, **positive Entwicklung in der Region** statt. Seit Dezember 2006 sind Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina Mitglieder des NATO-Programms „Partnerschaft für den Frieden“. Im gleichen Monat unterzeichneten die genannten Länder das Mitteleuropäische Freihandelsabkommen CEFTA (Central European Free Trade Agreement), das bis spätestens 2010 den Abbau der Zollsätze in der Region vorsieht. Wenn man die Wiederaufnahme der Annäherungsverhandlungen zwischen Brüssel und Belgrad im Juni 2007 sowie die erfolgreich geführte EU-Politik der kroatischen Regierung hinzunimmt, gibt es sogar Grund für verhaltenen Optimismus bezüglich der europäischen Zukunft der Region.

Allerdings fehlt der EU und der NATO im Umgang mit den regionalen GesprächspartnerInnen nach wie vor eine klare Konditionierung nach dem Motto „erst die Erledigung der Hausaufgaben und dann die Belohnung“. Das führt in der Region zu der Annahme, dass der Westen gelegentlich seine eigenen Prinzipien dem politischen Pragmatismus opfere. Dementsprechend führen die VertreterInnen der politischen Eliten in Südosteuropa den westlichen PartnerInnen immer wieder mögliche exzessive Entwicklungen vor Augen, um so einen „Nachlass“ in eigener Sache zu erreichen. So warnen die serbische national-konservative Regierung wie auch der im linken Zentrum angesiedelte Präsident Tadić seit Jahren vor einem Rechtsruck in ihrem Lande – vor einer „Machtergreifung“ durch die Serbische Radikale Partei (SRS). Das tun sie besonders gerne dann, wenn es um die eventuellen Folgen der Verhaftung des General Mladić oder um den Kosovo-Status geht. Die bevorzugte Warnung der kosovo-albanischen Politiker ist ein Gewaltausbruch, sollte es nicht schnell zu einer Unabhängigkeit kommen. Im gleichen Stil brachten die bosnisch-serbischen Politiker unlängst ein Unabhängigkeitsreferendum für den serbischen Teil Bosnien-Herzegowinas ins Spiel, sollte das Kosovo eine offizielle staatliche Selbständigkeit erhalten. Eine energische Antwort des im Sommer 2007 ausgeschiedenen Hohen Repräsentanten Christian Schwarz-Schilling blieb aus. Die auf dem Balkan übliche taktische Fixierung auf die schlimmsten Szenarien verzerrt die Wahrnehmung einer klaren Perspektive. Sie heißt nach wie vor **Europa**, insbesondere weil man in der Region zu begreifen beginnt, dass sich mit den neuen EU-Mitgliedern Rumänien und Bulgarien der Westen für die ex-jugoslawischen Länder plötzlich auch im Osten befindet.

Die Rechtsstaatlichkeit bleibt in der Region eine vage Größe. Paradebeispiel für eine halbherzige Haltung ihr gegenüber ist die Urteilsverkündung im Prozess um die Ermordung (2003) des serbischen Regierungschefs Zoran Djindjić. Der Prozess endete im Juni 2007 mit langen Freiheitsstrafen für alle zwölf Angeklagten - die politischen Hintermänner der Ermordung blieben aber weiterhin im Dunklen. Verbindungen zwischen der Politik, der organisierten Kriminalität und Teilen des staatlichen Apparats sind jedoch deutlich erkennbar.

In der Region bleiben unaufgeklärte Morde an Politikern und Journalisten eine Konstante. Nur als Erinnerung an die prominentesten Fälle: der Stellvertretende Innenminister der bosniakisch-kroatischen Föderation, Jozo Leutar, wurde 1999 in Sarajevo ermordet, die Hauptverdächtigen wurden 2003 freigelassen. In Montenegro wurde Duško Jovanović, Chefredakteur der regierungskritischen Zeitung „Dan“ im Jahre 2004 erschossen. Die Verhandlung gegen einen Hauptverdächtigen wurde Ende 2006 aus Mangel an Beweisen ausgesetzt. Diese und zahlreiche andere Beispiele zeigen, dass nicht nur einige Kriegsverbrecher sondern auch einige politische Auftragsmörder frei rumlaufen. Ihre aus dem Schatten der informellen Machtzentren agierenden Auftragsgeber sind anscheinend nach wie vor mächtig genug, die politischen Geschehnisse in der Region mitzubestimmen.

In Kroatien scheiterte im Herbst 2006 zuerst der Versuch der kroatischen Justiz, den Prozess gegen Branimir Glavaš abzuschließen. Der ehemalige Weggefährte des autoritären Präsidenten Tudjman steht unter Verdacht, die Ermordung serbischer Zivilisten in Ostkroatien im Jah-

re 1991 angeordnet zu haben. Der Prozess begann formell im Sommer 2006, wurde aber unterbrochen, da der Druck der aus dem Tudjman-System verbliebenen informellen Machtstrukturen zu groß war. Obwohl der Prozeß inzwischen wieder fast routinemäßig verläuft, zeigte der Fall Glavaš noch einmal in aller Deutlichkeit, dass die Defizite im kroatischen Justizwesen wesentliche Hindernisse auf dem Weg des Landes in die EU darstellen.

Ein Urteil in Den Haag stieß in der Region auf widersprüchliche Reaktionen: Der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag fällte im Februar 2007 das Urteil im Fall „Bosnien-Herzegowina gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (später Serbien und Montenegro) wegen Völkermords und Beihilfe zum Völkermord“, in dem die Republik Serbien von der Anklage freigesprochen wurde. Das Urteil bestätigte, dass 1995 in Srebrenica Völkermord an Bosniaken aus Srebrenica und Umgebung begangen wurde. Es wirft der Republik Serbien lediglich vor, die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes verletzt zu haben, da Belgrad nichts unternommen hat, um das Massaker in Srebrenica zu verhindern. In Belgrad verstand man das Urteil als absoluter Freispruch, in Sarajevo als Hohn für die Opfer.

Hinzu kommt auch der „Fall Bešlić“: Der Kriegsbürgermeister von Tuzla, der einzigen nicht nationalistisch regierten Stadt in Bosnien-Herzegowina, wurde aufgrund eines zu Miloševićs Zeit verfassten Interpol-Gesuchs aus Serbien wegen eines angeblichen Kriegsverbrechens (aus dem Jahr 1992) im Juni 2007 kurz in Sarajevo vernommen. Die widersprüchliche Vorgehensweise der Justiz in Verbindung mit der bürokratischen Handhabung der internationalen Polizeibehörden werden hier besonders deutlich: Karadžić und Mladić sind auf freiem Fuß und die Bosnier, die sich sowohl dem großserbischen Größenwahn als auch den bosniakisch-muslimischen Nationalisten um Izetbegović widersetzen, befinden sich auf einer Interpol-Liste.

Dennoch gibt es bei der Verfolgung von Kriegsverbrechen vor einheimischen Gerichten evidente Fortschritte. Sowohl in Serbien als auch in Bosnien-Herzegowina und Kroatien sehen sich die mutmaßlichen Kriegsverbrecher der Verfolgung durch den Rechtsstaat ausgesetzt. Auch hinsichtlich der Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal und der Kooperation der zuständigen Behörden untereinander kommen die Regierungen der einzelnen Länder in Bewegung.

Trotzdem ist die Region immer noch kein sicherer Ort für anders Denkende oder anders Aussehende. Das zeigten unter anderem der versuchte Mordanschlag auf den unabhängigen Journalisten Dejan Atanasijević in Belgrad, die Übergriffe auf die TeilnehmerInnen der Zagreb Gay Pride sowie auf ausländische Jugendliche beim EXIT-Festival in Novi Sad 2007. Angegriffen - und anschließend verhaftet und angeklagt - wurden auch die AktivistInnen unserer Partnerorganisationen in Niš wegen ihres öffentlichen Plakataufrufs „Mladić nach Den Haag“ sowie die AktivistInnen von „Frauen in Schwarz“ in der Wahlnacht im Januar 2007 in Belgrad.

Extremistische Gewalt ist nicht nur ein Phänomen der Ballungszentren. Im April 2007 kam es im südserbischen Gebiet Sandschak, wo die Mehrheit der in Serbien ansässigen muslimischen Bosniaken lebt, zu Auseinandersetzungen einer islamischen Gruppe mit der serbischen Polizei. Der Anführer der Gruppe wurde getötet, zwei weitere Personen verletzt. Die Mitglieder der moslemischen Gruppe gehörten den radikalen islamischen Wahabiten an. In der Hauptstadt dieser Region, Novi Pazar, gab es am Tag der Beerdigung Übergriffe auf die Pressevertreter aus der Trauerkolonne heraus. Ähnliche Spannungen herrschten in der Umgebung der dortigen Stadtmoschee bereits im November 2006. Damals kam es nach einer Auseinandersetzung mit den Wahabiten zu einer Schießerei. Drei Personen wurden verwundet.

Im gesamten Gebiet des westlichen Balkans litten die RückkehrerInnen unter offenen Feindseligkeiten und Angriffen. Gotteshäuser aller Konfessionen wurden beschädigt. Potenzielle Zeugen in Kriegsverbrecherprozessen werden eingeschüchert, wie zum Beispiel im Falle Haradinaj im Kosovo. Was den Respekt der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und die Festigung der demokratisch-politischen Kultur auf dem Balkan betrifft, zeichnen sich Fortschritte nicht in einer linearen Vorwärtsbewegung ab.

2. Serbien

Das heutige Serbien versucht mehrheitlich die schwierigen Hinterlassenschaften aus der Milošević-Ära zu ignorieren. Die Politelite betrachtet die Realität mit schielenden Augen, wobei der Blick Richtung Brüssel eher skeptisch, der Blick zum Kosovo gern wild entschlossen erscheint. Im Sommer 2007 verbissen sich die politischen Eliten Serbiens in die Kosovo-Frage. In seiner Regierungserklärung Mitte Mai 2007 machte Ministerpräsident Koštunica die Verteidigung des Kosovos mit allen politischen und diplomatischen Mitteln zur wichtigsten Aufgabe der neuen Regierung. Seitdem tritt die serbische Politelite das The-

ma öffentlichkeitswirksam breit. Die identitätsbezogene serbische Politik, das Wiederaufleben des Kosovo-Mythos sind der Versuch, die Kosovo-Frage in eine „serbische Frage“ umzu- deuten. In Belgrad hört man immer wieder, dass man ohne Kosovo nicht leben könne. Hinter vorgehaltener Hand wird gesagt, dass man auch mit den Albanern nicht leben könne. Die Kosovo-Albaner möchten mehrheitlich nicht in Serbien verbleiben und Belgrad ist nicht bereit, ihnen ein akzeptables politisches Angebot zu unterbreiten.

Der Streit um das Kosovo ist für die BürgerInnen Serbiens weit weniger wichtig als für deren Regierung. Dies ergab eine aktu-

elle Umfrage des Belgrader Zentrums für freie Wahlen und Demokratie (CeSID). Auf der Liste der vorrangigen Themen, mit denen sich die serbische Regierung nach Ansicht der Befragten beschäftigen sollte, befindet sich die Kosovo-Frage nur auf dem fünften Platz. Weit wichtiger sind den BürgerInnen die wirtschaftliche Entwicklung, die Verringerung der Arbeitslosigkeit, die Erhöhung des Lebensstandards und die Bekämpfung von Kriminalität und Korruption. Erst wenn man die Frage „die EU oder das Kosovo“ stellt schwankt fast die Hälfte. Die Frage nach einer europäischen Zukunft Serbiens dagegen beantwortet man in Belgrad immer noch mit „Jein“.

Der konstitutionelle Populismus in Serbien: Verfassungsreferendum

Im September 2006 wurde evident, dass die Wiener Kosovo-Verhandlungen gescheitert waren. Anlässlich des Berichtes der serbischen Verhandlungsdelegation wurde eine Parlamentssitzung einberufen, bei der Ministerpräsident Koštunica erklärte: „Jeder Angehörige unseres Volkes wird geboren und stirbt mit dem Bewusstsein - seitdem Serbien existiert - dass das Kosovo immer ein Bestandteil Serbiens war und für immer bleibt“. Das serbische Parlament verabschiedete daraufhin fast einstimmig einen neuen Verfassungsentwurf, in dem das Kosovo tatsächlich zum festen Bestandteil Serbiens erklärt wurde. Die Provinz sollte eine „essentielle Autonomie“ erhalten. Ein Referendum über den vorgeschlagenen Verfassungstext wurde für den 28. und 29. Oktober 2006 angesetzt.

Sowohl Staatspräsident Tadić (DS) als auch Ministerpräsident Koštunica (DSS) lobten den Entwurf und riefen die Bürger dazu auf, dem Dokument zuzustimmen. Die einzige Partei, die die Nacht-und-Nebel-Aktion der Verabschiedung des Verfassungsentwurfs verurteilte, war die Liberal-demokratische Partei (LDP), die um die hundert Demonstranten vor dem Parlament versammelte. Auch der Chef der Liga der Sozialdemokraten Vojvodinas, Nenad Čanak, kommentierte kritisch: Die Kosovo-Klausel bedeute, dass Serbien entweder zum ewigen Verfassungsbruch oder zum ewigen Krieg verdammt sei.

Die Regierung und weite Teile der Opposition fanden gemeinsam eine adäquate propagandistische Antwort: die Bürger wurden in den öffentlich-rechtlichen Fernsehkanälen mit einer Mischung aus Appellen an die patriotische Pflicht und Mobilisierungsbotschaften einerseits sowie Weltuntergangsszenarien im Falle des Scheiterns andererseits in die Mangel genommen. Fast die gesamte Medienlandschaft, samt einiger bis dahin regierungskritischer Medien, verfiel in einen PR-Journalismus, dessen Ziel es war, ausreichend Ja-Stimmen einzufahren. Trotzdem gelang es nicht, mehr als 54 Prozent der

Wahlberechtigten zum Gang an die Referendumsurnen zu bewegen.

Serbien bekam eine neue Verfassung, über die Präsident Tadić sagte, sie stelle einen klaren Bruch zur Zeit Miloševićs dar. Die Sozialisten hingegen sehen in dieser Verfassung eine klare Kontinuität der verfassungspolitischen Linie ihres Verstorbenen Führers Milošević. Die schlechte Nachricht für Serbien ist, dass vielleicht beide Seiten Recht haben. Serbien hat sich eben noch nicht entschieden, ob das Land sich als eine der Zukunft zugewandte republikanische oder eine im Kosovomythos stecken gebliebene politische Gemeinschaft versteht.

Die Präambel des Verfassungstextes behandelt das Kosovo als Teil Serbiens, während beim Referendum die Kosovo-Albaner nicht einmal formell als potentielle Bürger in Betracht gezogen wurden.

Inhaltlich besonders kritisch zu bewerten sind die Antidiskriminierungsartikel, die die Rechte sexueller Minderheiten nicht einmal erwähnen. Die Ehe ist im Unterschied zu Miloševićs Verfassung eine exklusive Angelegenheit zwischen Mann und Frau, die Selbstbestimmung der Frau ist nicht explizit garantiert.

Nicht nur bei den Menschenrechten existieren eindeutige Defizite, sondern auch in den Bestimmungen über die ParlamentarierInnen. Die Mandate, die Abgeordnete via Wahl erlangen, erklärt die neue Verfassung quasi zum Eigentum der Parteien. Die Gewählten sind sozusagen parteiintern austauschbar, was die Freiheit des einzelnen Abgeordneten stark beschränkt und die Macht des Parteikartells betont.

Weitere Kritikpunkte sind die unklar formulierte, parlamentarische Kontrolle des Militärs und die Stellung der nördlichen Provinz Vojvodina. Diese erwirtschaftet den Löwenanteil des Bruttosozialprodukts Serbiens, hat aber nur noch Anspruch auf sieben Prozent des Bruttosozialprodukts. Die Formel ist simpel: Keine Finanzautonomie bedeutet auch keine politische Autonomie.

Umstritten war von Anfang das Prozedere zur Entwicklung des Verfassungstextes. Das Regelwerk wurde dem Volk ohne öffentliche Debatte aufgezwungen, der Text war der kleinste gemeinsame Nenner der zwei großen demokratischen Parteien mit einer noch größeren rechtsextremen Partei.

Parlamentswahlen

"Wir kommen ins Parlament, damit wir die Kosovopolitik des Staates verändern, damit wir Radovan Karadžić und Ratko Mladić verhaften, damit wir uns dem verfassungsbezogenen Gewaltakt widersetzen, damit wir allen Opfern der Diskriminierung die Freiheit bringen“, so Čedomir Jovanović unmittel-

bar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses. Unter seinem Auto wurde zwei Tage vor der Wahl ein Sprengsatz ohne Zünder gefunden. Die Koalition der kleinen Parteien um seine Liberaldemokratische Partei (LDP), die sich als einzige eine unverhohlene Äußerung über das Kosovo und Srebrenica erlaubt, schaffte knapp den Sprung über die fünf-Prozent-Hürde.

Über 60 % der wahlberechtigten BürgerInnen begaben sich Ende Januar 2007 an die Urnen. Eine derart hohe Wahlbeteiligung war nicht erwartet worden, da in Serbien seit 2000 der Anteil der Nichtwähler kontinuierlich zunahm. Die nächste markante Veränderung ist, dass die DS von Staatspräsident Tadić die DSS des derzeitigen Ministerpräsidenten Koštunica als zweitstärkste Kraft ablöste. Weiterhin stärkste Kraft im Parlament bleibt die rechts außen stehende SRS.

Im Vergleich zu den Wahlen 2003 konnte die Demokratische Partei ihre Parlamentssitze fast verdoppeln. Tadić verkündete seinen Führungsanspruch innerhalb des sogenannten „Demokratischen Blocks“.

Die Regierungsbildung in Serbien war trotzdem extrem kompliziert. Denn Koštunica hatte paradoxerweise die beste Verhandlungsposition, obwohl er den Stimmen nach deutlich hinter den Radikalen und der Demokratischen Partei zurücklag. Ideologisch und politisch hatte Koštunica keine Probleme damit, sowohl nach rechts mit den Radikalen, als auch nach links mit Tadić zu koalieren, um weiterhin Regierungschef zu bleiben.

In den Tagen vor dem Durchbruch der Koalitionsverhandlungen durfte der Chef der Radikalen, Tomislav Nikolić, kurz die Rolle des Parlamentspräsidenten von Koštunicas Gnaden spielen. Er wird als Marionette im Erpressungspoker „Koštunica gegen Tadić“ in Erinnerung bleiben, denn die große Koalition hat ihn nach dem Deal sofort wieder abgewählt. Obwohl Nikolić nur als Koštunicas Schachfigur eingesetzt wurde, war die gefährliche ideologische Nähe zwischen Koštunica und den Radikalen in dieser Politposse erkennbar. Doch Nikolić meinte es durchaus ernst, als er während seines kurzen Amtsintermezzos seine KollegInnen im Parlament daran erinnerte, dass der neuen Verfassung von Oktober 2006 zufolge eine einfache Mehrheit reiche, um den Ausnahmezustand in Serbien zu verhängen. Zum Beispiel wenn das Kosovo-Problem eskalieren sollte.

Tadić überließ Koštunica den Posten des Ministerpräsidenten um die Radikalen rauszukicken. Die einzigen, die sich einer Regierungsbeteiligung sicher sein konnten, waren die neuliberal-konservativen Finanzexperten der Formation G 17 plus. Einige Schlüsselministerien (Außenministerium, Justiz und Verteidigung) bekam die Demokratische Partei. Darüber hinaus

erhielt der Staatspräsident das Recht auf den Vorsitz im neu gegründeten Nationalen Sicherheitsrat, der Koordination und Kontrolle der Geheimdienste inne hat.

EU-Annäherung und schleppende Konsolidierung des Rechtsstaates

Im Rahmen der Belgrader Kriegsverbrecherprozesse gegen die Militäreinheit "Skorpione" wurden im April 2007 die Urteile gefällt. Angeklagt waren Mitglieder einer „paramilitärischen“ Einheit, die 1995 am Völkermord von Srebrenica beteiligt war. Wesentliches Beweismittel war ein Video, das dokumentiert, wie die "Skorpione" in Bosnien jugendliche Bosnier grausam hinrichten. Der Befehlshaber der Einheit wurde zu 20 Jahren Haft verurteilt, seine zwei Mittäter bekamen 13 und fünf Jahre, während ein Mitglied der Einheit freigesprochen wurde. Der Belgrader Journalist Dejan Anastasijević kritisierte in einem Interview die laxen Urteile. Das Gericht habe die längste Zeit damit verbracht, die "Skorpione", die von den staatlichen Geheimdiensten organisiert und finanziert wurden, als paramilitärische Brigade ohne staatlichen Auftrag darzustellen, um jegliche Verbindung zur damaligen Regierung Milošević zu widerlegen. Drei Tage später explodierte auf dem Fenstersims seiner Wohnung eine Handgranate. Wie durch ein Wunder blieb er unverletzt.

Der Sender B92, in dem Anastasijević das Urteil kommentiert hatte, war bereits im Herbst 2006 Zielscheibe eines Anschlags: Es kam zu einer Explosion, als die Moderatorin einer populären Sendung mit ihren GesprächspartnerInnen kurz vor Mitternacht den Sender verließ. Unter den anwesenden Gästen war auch Nataša Kandić, jene Menschenrechtsaktivistin, die 2005 das Video über die "Skorpione" nach Den Haag weitergeleitet hatte.

Das zeigt, wie eng die Rechtsstaatlichkeit im Inneren mit der Frage der Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal ist verflochten ist. Ein weiteres Paradebeispiel ist der Prozess um die Ermordung des serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjić. Dieser dreieinhalbjährige Prozess, voller Widersprüche, Richter verleumdungen, Zeugeneinschüchterung und Kronzeugenmorde – aber auch voller direkter und offener Einflussnahme mächtiger Minister aus der Regierung Koštunicas – fand im Mai 2007 seinen vorläufigen Abschluss. Die beiden Hauptangeklagten, frühere führende Figuren der Sondereinheit der serbischen Geheimpolizei „Rote Barette“, die in den 90ern in den Kriegen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und auf dem Kosovo eine Blutspur hinterließen, wurden jeweils zur Höchststrafe von 40 Jahren verurteilt. Besorgnis erregend ist, dass von den restlichen zehn Angeklagten, fünf auf der Flucht sind. In Abwesenheit er-

hielten sie Haftstrafen zwischen 30 und 35 Jahren. Die Auftraggeber und politischen Hintermänner des Mordes blieben trotz des Urteils im Dunklen. Dennoch besteht begründete Hoffnung, dass das Land mit diesem Prozess den „point of no return“ in der Stabilisierung rechtsstaatlicher Strukturen und Praktiken erreichte.

Bereits am Tag nach der Urteilsverkündung organisierte der politische Rat der LDP in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung Belgrad eine öffentliche Diskussion in der serbischen Hauptstadt, die die im Gerichtsprozess verschwiegenen politischen Hintergründe des Mordes an Djindjić thematisierte.

Nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte im Mai 2007 ließ die neue serbische Regierung einen von sechs vom Haager Tribunal gesuchten, mutmaßliche Kriegsverbrecher verhaften. Zdravko Tolimir wurde Ende Mai 2007 von bosnischen und serbischen Polizisten an der gemeinsamen Grenze festgenommen. Das UN-Tribunal in Den Haag wirft dem früheren Offizier der bosnischen Serben Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor. Er soll in dem Krieg von 1992 bis 1995 Cheflogistiker des untergetauchten Generals Mladić gewesen sein.

Etwas später ereilte das gleiche Schicksal den als Kriegsverbrecher gesuchten ehemaligen serbischen Polizeigeneral Vlastimir Djordjević, der in Montenegro verhaftet und nach Den Haag überstellt wurde. Er war während des Kosovo-Krieges Chef der serbischen Polizeitruppen.

Die mediale Attraktivität der Verhaftung Tolimirs verdrängte die fast gleichzeitige Festnahme von sieben Personen aus dem öffentlichen Bewusstsein. Im Oktober 1991 sollen sie in einem kroatischen Dorf Kriegsverbrechen begangen haben. Bei den Ermittlungen half auch die kroatische Justiz: Die Festnahmen zeigten eine verbesserte Zusammenarbeit der serbischen Staatsanwaltschaft für Kriegsverbrechen und der kroatischen Generalstaatsanwaltschaft.

Auf diese Verhaftungen folgte im Juni 2007 die Entscheidung der EU, die im Mai 2006 ausgesetzten Gespräche über ein Assoziierungsabkommen wieder aufzunehmen. Bislang bestand Brüssel auf Mladićs sofortiger Auslieferung. Diese konsequente Position hat die EU inzwischen aufgegeben. Der EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn begründete die neue EU-Haltung dadurch, dass die neue Regierung Serbiens bereits in den ersten drei Wochen ihrer Amtszeit dazu bereit gewesen sei, mit dem Kriegsverbrechertribunal zu kooperieren. Die Verhandlungen sollen bereits im Herbst 2007 abgeschlossen sein.

Belgrad könnte am Ende dieser Gespräche eine Milliarde Euro EU-Hilfe erhalten.

Wahrscheinlich wird alles nach dem gleichen Muster wie in Kroatien ablaufen: auch dort wurden die Verhandlungen mit Brüssel ausgesetzt, dann aber wieder aufgenommen unter der Auflage, dass ein Abkommen Brüssel-Zagreb erst nach der Auslieferung General Gotovinas unterschriftsreif werde. Im Fall Serbiens wird die Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluss der Gespräche die Verhaftung und Auslieferung der vom Haager Tribunal gesuchten Personen sein, allen voran der General Mladićs.

Sozioökonomische Entwicklung

Die serbische Wirtschaft befindet sich auf Wachstumskurs. Nach einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 5,7% im Jahr 2006 wird ein Wachstum von 7% im Gesamtjahr 2007 erwartet. Getragen wird das Wachstum vor allem von starkem Konsum - im Jahr 2006 waren die Löhne real um 11% gestiegen (7% im Vorjahr). Die hohe Nachfrage beflügelt die Importe (+23%) aber auch die inländische Industrieproduktion (+5,3%). Die Inflation konnte 2006 auf 6% gedrückt werden (17,1% im Vorjahr). Das Jahr 2007 gilt als Schlüsseljahr. Der Haushalt für 2007 sieht eine Inflationsrate von 6,5% vor. Einige Großprojekte sind geplant - unter anderem der Bau von Kohlekraftwerken und einigen kleineren Wasserkraftwerken. Darüber hinaus will die neue Regierung den Privatisierungsprozess beschleunigen und bis Ende 2008 abschließen. Noch bis Ende 2008 dürfte unter anderem die Ausschreibung für den Verkauf der Erdölraffinerien in Belgrad und Novi Sad erfolgen. Dies eröffnet interessante Investitionsperspektiven für ausländische Unternehmen.

Mehrere Fälle von organisierter Kriminalität, die bislang ein offenes Geheimnis waren, werden jetzt „entdeckt“. Die prominentesten Angeklagten wegen Zigarettschmuggels gehören zum Familienclan um Miloševićs Witwe Mira Marković. Korruption und Wirtschaftskriminalität bleiben weiterhin die zerstörerischsten Faktoren in der Gesellschaft. Die monopolartigen Netze und der sichtbare Einfluss der neuen und alten Tycoons sowie eine Verarmung breiter Bevölkerungsschichten zeigen die Kehrseite der guten Zahlen in der Übergangswirtschaft. Die wirtschaftlich unterentwickelten Regionen sind vielfach Generatoren des Extremismus.

Ökologische Rücksichtslosigkeit ist gängige Praxis. Die veraltete Industrie verpestet kontinuierlich Luft, Boden und Wasser. So verendeten in einem Fluss im Osten Serbiens im Juli 2007 rund 20 Tonnen Fisch durch Einleitung toxischer Industrieabwässer.

3. Kosovo

Der ungelöste völkerrechtliche Status

Dass der serbische mit dem kosovo-albanischen Ministerpräsident im Juli 2006 zum ersten Mal seit 1999 kurz an einem Tisch saß, dürfte vielleicht das greifbarste Ergebnis der gesamten Verhandlungen hinter verschlossenen Türen im Wiener Palais Kinsky bleiben. Die Verhandlungen zeichneten sich vor allem durch ein großes gegenseitiges Misstrauen der Verhandlungsführer, durch große Unterschiede in den Ausgangspositionen und einen Mangel an Ergebnissen aus. Auf kosovo-albanischer Seite wurde der politische Prozess zur Lösung der Statusfrage vom so genannten „Unity Team“ getragen. Diesem Gremium gehören Präsident Fatmir Sejdiu von der Demokratischen Liga des Kosovo (LDK, Partei des verstorbenen Präsidenten Rugova), Parlamentspräsident Kolë Berisha (LDK), Regierungschef Agim Çeku (Allianz für die Zukunft Kosovos, AAK), der Oppositionspolitiker Hashim Thaçi (Demokratische Partei des Kosovo, PDK), Veton Surroi (Reformpartei, ORA) sowie der Journalist Blerim Shala an, der als verlängerter Arm der US-Vertretung in Pristina gilt.

Von Ahtisaaris Plan zum drohenden russischen Veto

Unabhängigkeit oder Krieg - mit diesem Horrorszenario sieht sich die internationale Gemeinschaft in Kosovo konfrontiert. Der UNO-Vermittler Martti Ahtisaari stellte im Februar 2007 den Vertretern der sogenannten Kontaktgruppe (USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Italien und Russland) erstmals seinen Plan für die Zukunft des Kosovos vor. Darin schlägt der Finne eine "überwachte Unabhängigkeit" vor - mit weit gehenden Autonomierechten für die serbische Minderheit. Das Kosovo wird als multiethnische Gesellschaft bezeichnet. Es darf Mitglied internationaler Organisationen (wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds, UNO) werden und bilaterale Abkommen abschließen. Albanisch und Serbisch sollen als Amtssprachen gelten, das Kosovo bekommt eine eigene Flagge und eine Hymne. Die Einwohner erhalten das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft. Dies ermöglicht den Serben in Kosovo, Staatsbürger Serbiens zu bleiben. Die EU soll in einer der größten zivilen Missionen ihrer Geschichte die Umsetzung des Ahtisaari-Plans beaufsichtigen. Voraussetzung dafür ist die Verabschiedung der Lösungsvorschlag durch den UNO-Sicherheitsrat. Ahtisaaris Entwurf sieht eine weitere zivile und militärische Präsenz der Europäischen Union und der NATO im Kosovo vor. Als Modell dient Bosnien-Herzegowina.

Nachdem neben Serbien auch Russland die Unabhängigkeit Kosovos ablehnt, wächst die Unzufriedenheit unter den Kosovo-Albanern. Die politische Elite verliert das Vertrauen der Bürgerinnen.

Radikale Bewegungen wie die studentisch geprägte Gruppierung „Vetëvendosje“ (Selbstbestimmung) gewinnen an Einfluss.

Sozioökonomische Entwicklung

Angesichts der deprimierenden Wirtschaftslage, der weit verbreiteten Korruption und der düsteren Aussichten zur Lösung der Statusfrage fühlt sich die Bevölkerung betrogen und verraten.

Einem EU-Bericht zufolge stellen Korruption und organisierte Kriminalität die größte Gefahr für das Kosovo dar. Die Fehler aus der Vergangenheit könnten der Internationalen Gemeinschaft teuer zu stehen kommen. Um eine Eskalation zu verhindern, ließ die führungsschwache UNO-Verwaltung nach 1999 zu, dass die so genannten Warlords der UÇK (Befreiungsarmee des Kosovos) wie Haliti, Thaçi, Haradinaj ihre Macht ausbauen, die Schattenwirtschaft kontrollieren und dabei reich werden konnten. Diese kriminellen Netzwerke fördern die politische Instabilität.

Als heimlicher Herrscher des Kosovo gilt Ramush Haradinaj, ehemaliger Befehlshaber der UÇK und Ministerpräsident des Kosovo, der mittlerweile in Den Haag vor Gericht steht wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen an Serben und Roma, aber auch an Albanern. Wie stark sein Einfluss immer noch ist, zeigt die Tatsache, dass das Haager Tribunal Schwierigkeiten hat, im Kosovo aussagewillige Zeugen zu finden.

Die Konsolidierung der kosovarischen Institutionen schreitet voran, allerdings ist der Mangel an Fachkräften ein großes Problem. Der Export wuchs im Berichtszeitraum um 40%, die Staatseinnahmen um 13%, die Inflationsrate ist vernachlässigbar. Die Privatisierung ist im vollen Gang. Allerdings werden diese Zahlen der sozialen Realität des Kosovos kaum gerecht. Der Durchschnittslohn im öffentlichen Dienst beträgt maximal 130 Euro, die Durchschnittsrente etwa 35 Euro. Obwohl das Kosovo über große Braunkohlevorräte verfügt, ist seine Energiewirtschaft derart marode, dass im Winter regelmäßig der Strom abgeschaltet wird. Die Geburtenrate im Kosovo ist die höchste in Europa, was in der Kombination mit der schlechten Wirtschaftssituation die höchste Arbeitslosigkeit in Europa bedeutet. Investitionen werden kaum getätigt. Eine große Gefahr für die wirtschaftliche und politische Stabilisierung stellt die fortschreitende Kriminalisierung der Wirtschaft im Kosovo dar. Die Bevölkerung lebt seit rund zehn Jahren von der internationalen Hilfe, von Geldüberweisungen der im Ausland arbeitenden Verwandten und vom Schmuggel. Die serbische Minderheit wird nach wie vor durch Hilfen aus Belgrad finanziert.

Rechtsstaatlichkeit ist im Kosovo aufgrund der verabschiedeten Gesetze zwar formell gewährleistet, jedoch in einigen Bereichen kaum umzusetzen: Bewegungsfreiheit, Sicherheit, Menschenrechte für alle BürgerInnen können kaum garantiert werden. Sollte nicht bald Lösungen für die drängenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme und vor allem für den Status gefunden werden, ist mit einer Eskalation der Lage zu rechnen.

4. Montenegro

Parlamentswahlen und Suche nach neuer Verfassung

Die regierende Demokratische Partei der Sozialisten (DPS) von Premierminister Milo Đukanović gewann zusammen mit ihrem Koalitionspartner, den Sozialdemokraten (SDP), im September 2006 die absolute Mandatsmehrheit im Parlament. Von insgesamt 81 Sitzen hält die DPS 41. Die in der Vergangenheit für eine Union mit Serbien stehende Opposition spaltete sich in die radikalere „Serbische Liste“ (zwölf Sitze) und eine gemäßigte „Koalitionsliste“ (elf Sitze). Die pro-serbische Seite büßte im Vergleich zu der Zeit vor der Unabhängigkeit deutlich an Stimmen ein.

Die bei den Wahlen neu angetretene Reformpartei „Bewegung für Veränderungen“ (PZP) erhielt auf Anhieb elf Mandate. Sie profitierte von der Unzufriedenheit vieler BürgerInnen wegen Korruption und Vetternwirtschaft. Die aus einer NRO hervorgegangene Partei thematisierte die kaum beachteten ökologischen Nebenwirkungen der schnellen Privatisierung sowie die Korruptionsgefahr. Die Parteien der bosniakischen und der albanischen Minderheit sind mit je drei Abgeordneten vertreten.

Premierminister Đukanović deutete vor der Wahl an, vom Amt des Regierungschefs zurückzutreten, jedoch nicht aus der Politik auszusteigen. Deshalb war es doch überraschend, als er nach den Wahlen erklärte, dass er für keine Ämter mehr zur Verfügung stehe. Neuer Ministerpräsident wurde sein Parteigenosse Željko Šturanović. Es ist unklar, weshalb Đukanović die politische Bühne auf dem Höhepunkt seiner Karriere verließ. Vielleicht spielte auch seine Mitverantwortung am Krieg gegen Dubrovnik 1991 eine Rolle, als er als montenegrinischer Präsident von Miloševićs Gnaden den Angriff der Jugoslawischen Volksarmee auf das benachbarte Kroatien um Dubrovnik unterstützte.

Das ist nicht der einzige Schatten der Vergangenheit in Đukanovićs Biografie. Die italienische Staatsanwaltschaft in Bari erhob im Juli 2007 nach jahrelangen Untersuchungen An-

klage gegen ihn wegen internationalen Zigarettschmuggels. Auch gegen den damaligen montenegrinischen Finanzminister Miroslav Ivanišević und die Handelsvertreterin für Italien, Dušanka Pešić-Jeknić sowie gegen zehn weitere Personen wird gerichtlich vorgegangen. Die illegalen Gelder - 500 Mio. Euro - wurden laut italienischer Justiz über Schweizer Konten, via Montenegro nach Zypern transferiert, um später in Montenegro investiert zu werden. Das offizielle Podgorica hält diese Anklage für eine „politisch motivierte Kampagne“. Politisch wäre Đukanović jedenfalls ein Hindernis auf dem weiteren europäischen Wege Montenegros.

Montenegro befindet sich seit Herbst 2006 in einem verfassungsgebenden Prozess. Eine von der Heinrich-Böll-Stiftung in Podgorica organisierte öffentliche Diskussion (mit Teilnahme von regionalen und internationalen Experten) über den Verfassungsentwurf der montenegrinischen Regierung lieferte eine seriöse Grundlage für die Stiftungs-Publikation, die unsere Partner von der PzP im montenegrinischen Parlament Anfang des Jahres 2007 verteilten. Es ging dabei um Versachlichung der bis dahin hitzigen montenegrinischen Diskussion sowie um die kritische Analyse der regionalen – nicht immer positiven – Erfahrungen. Montenegrinische ParlamentarierInnen und die kritische Öffentlichkeit sollten bei der Suche nach einer optimalen Verfassungslösung für den jüngsten Balkan-Staat unterstützt werden.

EU-Integrationsprozess

Die EU-Kommission nahm im September 2006 die Verhandlungen über das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit Montenegro auf. Sie basierten auf den Ergebnissen, die bei den Verhandlungen mit dem ehemaligen Staatenbund Serbien-Montenegro bereits erzielt wurden. Im März 2007 wurde das SAA-Abkommen von Premierminister Šturanović und EU-Kommissar Rehn paraphiert, die Unterzeichnung steht noch aus. Erst danach kann der Ratifizierungsprozess in Montenegro und allen EU-Staaten beginnen. Ferner wurde bereits mit den Vorbereitungen für das künftige Heranführungshilfe-Programm (IPA) begonnen. Montenegro kann demnach für den Zeitraum 2007 bis 2009 von einer finanziellen Unterstützung von etwa 30 Mio. EUR im Jahr ausgehen.

Wirtschaft

Der Löwenanteil des Kapitals, das in Montenegro investiert wird, kommt aus Russland. So soll beispielsweise ein Wasserkraftwerk, das ein Drittel des Stromes im Land produziert, an die En-Plus-Gruppe des russischen Milliardärs Oleg Deripaska verkauft werden. Wie das montenegrinische Wochenmagazin Monitor kritisierte zu einem viel geringeren Preis als marktüb-

lich. En-Plus besitzt bereits das wichtigste Aluminiumwerk des Landes mit dazugehörigen Bauxitgruben und kontrolliert damit einen großen Teil der Wirtschaft Montenegros.

Die montenegrinische Regierung hat für 2007 und für 2008 prioritäre Projekte in der Wasserversorgung und der Müllentsorgung im Wert von 95,7 Mio. Euro festgelegt. Das Herzstück der Vorhaben im Küstenbereich ist der Bau einer neuen Wasserversorgungsleitung, an der touristisch interessanten Adriaküste. Die Fertigstellung wird für 2010 mit Investitionskosten von etwa 60 Mio. Euro veranschlagt. Die Finanzierung der Modernisierung der Müllentsorgung in Montenegro ist die Domäne der Europäischen Investitionsbank (EIB) - der Entwicklungsbank der Europäischen Union (EU).

5. Bosnien-Herzegowina

Die erhofften positiven politischen und institutionellen Entwicklungen blieben 2006/07 weitgehend aus. Die ethnische Territorialisierung (Entitäten, Kantone) verhindert eine Stärkung der gesamtstaatlichen Institutionen. Eine politische Stagnation macht sich breit, die Internationale Gemeinschaft hat einem besorgniserregenden nationalistischen Rückwärtstrend kaum etwas entgegen zu setzen.

Parlaments- und Präsidiumswahlen

In Bosnien-Herzegowina brachten die Allgemeinwahlen im Herbst 2006 nur eine scheinbare Machtverschiebung. Diesmal spielten die nominell nicht nationalistischen Akteure die nationalistische Karte geschickter als die alten Nationalisten. Selbst Parteien, die in ihrer Programmatik nicht unbedingt ethnische Ziele verfolgen, wie zum Beispiel die bosnisch-serbischen Sozialdemokraten (SNSD) oder die bosniakisch dominierte Partei für Bosnien-Herzegowina (SBiH), entwickelten im Wahlkampf eine vehemente nationalistische Rhetorik und ernteten Zustimmung.

Der ehemalige Außenminister und informelle Chef der Partei für Bosnien-Herzegowina (SBiH), Haris Silajdžić, ging im Oktober 2006 als Sieger aus den Allgemeinwahlen im bosniakisch-kroatischen Teil des Landes hervor. Mit über 38 % der Stimmen wurde er zum neuen bosniakischen Vertreter im dreiköpfigen präsidentialen Gremium gewählt, in dem jede der drei ethnischen Gemeinschaften durch eine Person vertreten ist. Er setzte darauf, die nationalistische bosniakische Partei der Demokratischen Aktion (SDA) rechts zu überholen. Sein Gegenkandidat, Sulejman Tihić, von der bis vor kurzen dominierenden SDA, erlitt eine klare Niederlage.

Silajdžić hatte sich vor einigen Jahren aus der Politik zurückgezogen. Im Mai 2006 feierte er sein spektakuläres Comeback, als er die im Einklang mit den USA und der EU angestrebte Reform der Daytoner Verfassung verhinderte.

Ein weiterer ehemaliger Liebling des Westens, der serbische Politiker Milorad Dodik, mit seinem Bund der Unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD) überholt seine Gegner auch gerne rechts. Er verdrängte Radovan Karadžićs Serbische Demokratische Partei (SDS) und spielte im Wahlkampf laut mit dem Gedanken, die Serben könnten ihre Unabhängigkeit von Bosnien-Herzegowina durch ein Referendum verlangen. Auch seine Partei wurde von den Wählern belohnt und hat nun die Oberhand im serbischen Teil des Landes. Das Resultat: Wieder einmal sind zwei Politiker, die rücksichtslos auf die populistische Karte gesetzt haben, Wahlsieger in Bosnien-Herzegowina. Silajdžić und Dodik haben – weit mehr als die ein wenig müde gewordenen Altnationalisten – dem ethnischen Nationalismus zu einer moderneren, legalistischen Form verholfen. Auf der einen Seite steht die bosniakisch dominierte Föderation, auf der anderen die serbisch dominierte Republika Srpska. Die gesamtstaatlichen Institutionen hingegen sind kraftlos.

Ein nur schwacher Trost ist das relativ gute Abschneiden der Sozialdemokraten (SDP), die ihre Stammwählerschaft im bosniakisch-kroatischen Teil Bosnien-Herzegowinas haben. Sie liegen fast gleich mit der Partei der Demokratischen Aktion (SDA) und sind auf gesamtstaatlicher Ebene im Parlament mit mehr Sitzen vertreten als die Partei von Silajdžić.

Die bitterste Niederlage erlitten die Nationalisten von der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ), denn die von der HDZ abgespaltene Partei (HDZ 1990) stellte eine harte nationalistische Konkurrenz dar. Dieser Zwist unter den kroatisch-nationalistischen Kräften kam den Sozialdemokraten zugute: Der neue kroatische Vertreter im Staatspräsidium ist der mit den bosniakischen und anderen Stimmen gewählte Sozialdemokrat Željko Komšić.

Die beiden grünen Parteien, die Grünen Bosnien-Herzegowina und die Europäische Ökologische Partei (E5), erreichten keine nennenswerte Stimmenzahl und sind nicht im Parlament vertreten. Bisher äußerten sie sich eher zurückhaltend zu den politischen Problemen.

Internationale Gemeinschaft

Die Zusammenarbeit zwischen den internationalen und bosnisch-herzegowinischen politischen Akteuren ist verbesserungswürdig. Aufgrund der diffusen Kompetenzverteilung zwischen dem Gesamtstaat und seinen Entitäten gibt es auf bosnisch-herzegowinischer Seite zu viele Ansprechpartner. Der

verfassungsrechtlich immer noch schwach ausgestatteten gesamtstaatlichen Regierung fehlen Koordinierungsfunktionen und Zuständigkeiten. Im Februar 2007 erörterte der Friedensimplementierungsrat (Peace Implementation Council, PIC) das zukünftige internationale Engagement in Bosnien-Herzegowina.

Die für Juni 2007 geplante Schließung des Büros des Hohen Repräsentanten (Office of the High Representative, OHR) wurde um ein Jahr verschoben. Eine endgültige Entscheidung steht noch aus. Der Deutsche Hohe Repräsentant und Sonderbeauftragte der Europäischen Union in Bosnien-Herzegowina, Christian Schwarz-Schilling, verabschiedete sich im Juli 2007 nach 17-monatiger Amtszeit. Mehrfach hatten ihm insbesondere bosniakische Politiker aus der Föderation Bosnien-Herzegowinas vorgeworfen, seine Vollmachten nicht ganz ausgeschöpft und die nationalistisch geprägte Politik des Regierungschefs der Republika Srpska, Milorad Dodik, geduldet zu haben.

Der Slowake Miroslav Lajčák ist Schwarz-Schillings Nachfolger. Seine Hauptaufgaben sind klar: die politische Blockade des ins Stocken geratenen EU-Integrationsprozesses auflösen helfen, die Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal (International Tribunal for War Crimes in Former Yugoslavia, ICTY) nachzuhalten sowie den Prozess der Verfassungsreform zu begleiten. Ihm bleibt auch die schwierige Aufgabe, die Uneinigkeiten der bosnisch-herzegowinischen Politiker zu schlichten und die Autorität der Internationalen Gemeinschaft, insbesondere die des Büros des Hohen Repräsentanten (Office of the High Representative, OHR), wiederherzustellen.

Schnell erließ er Maßnahmen, die den bosnisch-herzegowinischen Institutionen die Ausführung der vom Hager Tribunal kommenden Forderungen erleichtern soll. Staatsanwaltschaft und Polizei sollen künftig von Personen, gegen die wegen Kriegsverbrechen ermittelt wird oder die wegen Hilfeleistung für Kriegsverbrecher flüchtig sind, die Reise- und Personalausweis vorläufig einziehen können. Er ordnete bei 93 Personen den Entzug ihrer Dokumente an, 35 davon sind Polizeibeamte der Republika Srpska, die zugleich von ihrer Arbeit suspendiert wurden. Gegen die Mehrzahl der 93 Personen laufen zur Zeit strafrechtliche Ermittlungen wegen Kriegsverbrechen, die in Srebrenica begangen wurden. Auch der stellvertretende Polizeidirektor der Republika Srpska, Dragomir Andan, wurde seines Amtes enthoben. Der Grund für diese Maßnahme war die Flucht von Radovan Stanković, aus dem Gefängnis Foča im Mai 2007. Das sogenannte „Monster von Foča“ war wegen Kriegsverbrechen zu 20 Jahren Haft verurteilt worden. Die Flucht Stankovićs stellte die Professionalität der Polizei sowie des Nachrichtendienstes in Frage.

Ungelöste regionale Probleme, wie der Aufschub der Entscheidung über den Kosovo-Status, leisteten den separatistischen Forderungen von Politikern aus Serbien und der Republika Srpska Vorschub. Milorad Dodik griff gezielt in die nationalistisch-populistische Trickkiste und stellte die Souveränität Bosnien-Herzegowinas in Frage, indem er die Möglichkeit eines Referendums in der Republika Srpska zur Abspaltung Bosniens ins Spiel brachte. Seine Verbundenheit zu Serbien erklärte Dodik mehrfach öffentlich. Beim Wahlkampf in Serbien, unterstützte er die Demokratische Partei Serbiens, mit dem konservativen Politiker Koštunica an ihrer Spitze. Taktisch klug, fand er für die Ansprüche der nationalistischen bosnisch-kroatischen Politiker Verständnis, die ihre eigene föderale Einheit (Entität) forderten. Den ethnischen Teilungsprozess in Bosnien-Herzegowina würde das weiter fördern.

Angesichts des Drängens der Internationalen Gemeinschaft, die politische Elite solle möglichst bald die Verantwortung für den eigenen Staat und die Gesellschaft übernehmen, hinterfragt die Heinrich-Böll-Stiftung die Arbeit der Internationalen Gemeinschaft immer wieder kritisch. Im April 2007 beispielsweise organisierte die Stiftung die Konferenz „Das Beispiel Bosnien-Herzegowina: Nachhaltige Konzepte oder Irrwege der Internationalen Gemeinschaft?“ Der Befund: das OHR benutzte nur spärlich seine Vollmachten, reagierte zurückhaltend auf nationalistische Auswüchse und verwaltete eher den politischen Status Quo als gemeinsam mit den einheimischen kritischen Kräften nach anderen Wegen zu suchen.

EU-Integrationsprozess und Verfassungsreform

Verglichen mit anderen Ländern des Westbalkans befindet sich Bosnien-Herzegowina mittlerweile an letzter Stelle im EU-Integrationsprozess. Bereits im Dezember 2005 begann die EU die Verhandlungen über das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen. Als Haupthindernis erwies sich die Polizeireform, die bis heute nicht abgeschlossen ist, da sich die Parteien aus der Republika Srpska weigern, die polizeilichen gesamtstaatlichen Kompetenzen zu akzeptieren, die die Entitätsgrenzen überschreiten. Aus dem gleichen Grund verschoben wurde die für November 2006 geplante Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens. Unvollendet ist auch das Reformwerk im öffentlichen Rundfunksystem, in der öffentlichen Verwaltung und im Bildungssystem.

Positiv hervorzuheben ist das Voranschreiten der Verteidigungsreform: im Dezember 2006 trat Bosnien-Herzegowina dem NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ bei. Außerdem erwähnenswert sind zwei Ereignisse im Mai 2007, de-

nen weder die bosnischen Politiker noch die Medien viel Beachtung schenkten: das Land wurde in den UNO-Menschenrechtsrat aufgenommen und Sarajevo zum Sitz des Sekretariats des Regionalen Kooperationsrates des Stabilitätspaktes für Südosteuropa (Regional Cooperation Council, RCC) bestimmt.

Es scheint zur Zeit unmöglich, einen politischen Konsens über die Verfassungsreform herzustellen. Die größte Chance, einen kleinen Durchbruch in diesem Bereich zu schaffen, verpasste die bosnisch-herzegowinische Politelite im April 2006. Die mühsam ausgehandelten Verfassungsreformen, geschnürt im sogenannten „April-Paket“, waren auf dem Tisch. Dennoch scheiterte die Verfassungsänderung im Parlament äußerst knapp. Die Enttäuschung über das Ergebnis war besonders bei den Vertretern der Internationalen Gemeinschaft groß.

Ebenfalls steht bisher die Einrichtung eines Obersten Gerichtshofs auf Staatsebene aus. Bosnien und Herzegowina bleibt eine verfassungsrechtliche Baustelle.

Vergangenheitsbewältigung und Menschenrechte

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag (IGH) fällte im Februar 2007 das Urteil im Fall Bosnien-Herzegowina gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (später Serbien und Montenegro) wegen Völkermords und Beihilfe zum Völkermord, in dem die Republik Serbien von der Anklage freigesprochen wurde. Das Urteil bestätigte, dass im Juli 1995 in Srebrenica Völkermord an Bosniaken aus Srebrenica und Umgebung begangen wurde. Im Urteil wird der Republik Serbien vorgeworfen, die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes verletzt zu haben, da Belgrad nichts unternommen habe, um das Massaker in Srebrenica zu verhindern. Die Menschen in Bosnien-Herzegowina sind geteilter Meinung. Die Öffentlichkeit in der Föderation Bosnien-Herzegowina sowie ein Teil der politischen Öffentlichkeit in Kroatien zeigte sich enttäuscht über dieses Urteil. Die freien Interpretationen und politischen Einschätzungen reichen von der Behauptung, dass das Urteil keine rechtlichen Auswirkungen auf Bosnien-Herzegowina habe, bis zu der Meinung, dass im Urteil die Täter des Völkermordes beim Namen genannt werden müssten, damit rechtliche, politische und moralische Konsequenzen gezogen werden könnten.

Auch die bosniakischen Einwohner von Srebrenica brachten ihre Unzufriedenheit mit dem IGH-Urteil zum Ausdruck. Im April 2007 verließen mehrere bosniakische Familien die Gemeinde Srebrenica Richtung Sarajevo, wo sie aus Protest gegen das Urteil und die schlechten Lebensbedingungen eine Zeltsiedlung aufbauten. Sie forderten einen Sonderstatus für Srebrenica in-

nerhalb Bosnien-Herzegowinas und außerhalb des Territoriums der Republika Srpska. Zwei Monate später wurde die Zeltsiedlung wieder abgebaut. Mit dem Ziel die soziale und wirtschaftliche Lage in Srebrenica zu verbessern, gründete das OHR im Mai 2007 einen Koordinierungsausschuss und ernannte den ehemaligen US-Botschafter, Clifford Bond, zum Sonderbeauftragten des Hohen Repräsentanten für das Gebiet Srebrenica. Im Juni 2007 erließ der scheidende Hohe Repräsentant, Christian Schwarz-Schilling, ein Gesetz, das die Gedenkstätte Srebrenica-Potočari unter die Zuständigkeit des Staates Bosnien-Herzegowina stellte.

Die Folgen des Krieges machen sich auch in anderen Bereichen bis heute bemerkbar. Ein Ereignis aus dem Jahre 1992 gewann erst jetzt an politischer Brisanz: Die Jugoslawische Volksarmee (JNA) und die Stadtregierung Tuzla waren damals übereingekommen, dass die in der Stadt stationierte JNA unter Billigung der Stadtregierung friedlich abziehen sollte. Die LKW-Kolonne der JNA und die Tuzlaer Stadtpolizei, zusammen mit den Einheiten der Territorialverteidigung, lieferten sich jedoch ein Feuergefecht, bei dem mehrere JNA-Soldaten ums Leben kamen. Im Frühjahr 2007 wurde der damalige Bürgermeister von Tuzla und bosnisch-herzegowinischer Parlamentarier, Selim Bešlić, zusammen mit fünf weiteren Personen von serbischen Behörden auf eine Interpolliste gesetzt, vom Staatsgerichtshof Bosnien-Herzegowina zu angeblichen Kriegsverbrechen im Fall „Tuzla Kolonne“ vernommen und dann wieder auf freien Fuß gesetzt.

Einer der fünf war der bosnische Kroat Ilija Jurišić, Mitglied des 1992 von der Tuzla-Stadtregierung gegründeten Krisenstabs. Er wurde im Mai 2007 bei einem Zwischenstopp am Belgrader Flughafen verhaftet, weil er an angeblichen Kriegsverbrechen im Falle „Tuzla-Kolonne“ beteiligt gewesen sein soll. Seitdem ist er in Serbien inhaftiert. Bosnien-Herzegowina verlangt von Serbien die Auslieferung Jurišićs. Die politische Brisanz dieses Falles erschließt sich erst, wenn man in Betracht zieht, dass Tuzla die einzige nicht nationalistisch regierte Stadt im Krieg war.

Die bosnisch-herzegowinische Justiz hat sich nicht nur mit den unmittelbaren Kriegsgeschehnissen zu beschäftigen, sondern auch mit einer neuen Gefahr. So traten in Bosnien-Herzegowina erstmals Anhänger einer für das Land untypisch radikalen wahabitischen Ausrichtung des Islam als potenzielle Terroristen in Erscheinung. Der in Bosnien-Herzegowina geborene schwedische Staatsbürger Mirsad Bektašević wurde im Januar 2007 von einem bosnischen Gericht zu 15 Jahren und 4 Monaten Haft verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er zusammen mit weiteren Islamisten, dem Türken Abudukasir Cesur und

den Bosniaken Bajro Ikanović und Senad Hasanović ein Sprengstoffattentat auf eine westliche Botschaft verüben wollte. Verbindungen mit dem globalen terroristischen Netzwerk waren offensichtlich.

Menschenrechtsverletzungen sind in Bosnien-Herzegowina immer noch alltäglich. In 2006 wurden mehrere Gewaltakte verübt (Autobomben, Beschießung von Einrichtungen aller drei Konfessionen, wie Friedhöfe und Gotteshäuser).

Auch von ethnisch motivierten, gewalttätigen Übergriffen auf RückkehrerInnen berichteten die Medien 2006 häufig. Die Zahlen, die das Helsinki Komitee für Menschenrechte in Bosnien-Herzegowina sowie die Vereinigung der Flüchtlinge und Vertriebenen zur Verfügung stellen, decken sich nicht mit den Zahlen der staatlichen Organe und denen des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR). Nach UNHCR-Angaben liegt die Zahl der RückkehrerInnen bei mehr als einer Million. Offizielle Angaben gibt es selbst auf lokaler Ebene nicht.

Die hohe Arbeitslosigkeit stellt für ihre Integration ein großes Problem dar. Durchschnittlich nur 0,8 – 1,0 Prozent der Zurückgekehrten finden Arbeit. Auch die Situation in den Schulen ist besorgniserregend. In den Kantonen mit bosniakischer bzw. kroatischer Mehrheit herrscht ethnische Segregation: So ist sogar der Schultransport auf ethnischer Ebene organisiert.

Zivilgesellschaft - Gender – Nachhaltige Entwicklung

Die Zivilgesellschaft in Bosnien-Herzegowina ist schwach entwickelt, die Gesellschaft lebt in einer Scheindemokratie. Initiiert von der NRO-Koalition „Gemeinsam arbeiten und erfolgreich sein“, die etwa 300 Mitglieder zählt (darunter auch das Helsinki Komitee für Menschenrechte in Bosnien-Herzegowina, Partner der Heinrich-Böll-Stiftung), wurde im April 2007 ein Abkommen zwischen dem Ministerrat Bosnien-Herzegowinas und dem Nichtregierungssektor unterzeichnet. Das Ziel: die NRO-Aktivitäten im Hinblick auf die Entscheidungsträger besser zu artikulieren sowie die Zusammenarbeit mit der Regierung zu intensivieren. Zwei der wichtigsten Eckpunkte sind die Anwendung der „good-practice“ und die Finanzierung des NRO-Sektors.

Frauen in Bosnien-Herzegowina sind in Politik und Gesellschaft immer noch benachteiligt. Dies gilt trotz der Gründung von Gender-Zentren auf Entitätsebene, der Aktivitäten der Agentur für Gleichstellung der Geschlechter auf Staatsebene sowie der Arbeit der Genderkommissionen. Die Allgemeinwahlen im Oktober 2006 zeigten deutlich: Es mangelt an Frauen, die sich zur Wahl stellen und an entsprechenden Frauenquote auf den Listen

der politischen Parteien. Die Marginalisierung dieses Problems seitens der Regierung, aber auch die traditionellen patriarchalischen Gesellschaftsstrukturen tragen massiv zur Ungleichbehandlung von Frauen bei. Seit der Verabschiedung des Gesetzes zur Gewalt in der Familie (2005) steigt die Zahl der angezeigten Gewalttaten gegen Frauen und Kinder: 2006 insgesamt 712 in der Föderation Bosnien-Herzegowina (Steigerung um 2,3% verglichen mit 2005), weitere 320 Anzeigen bis Ende Mai 2007. In der Republika Srpska 2006 insgesamt 384 Straftaten (Steigerung um 15% verglichen mit 2005). Für 2007 sind in dieser Entität noch keine Zahlen veröffentlicht. Inzwischen gibt es sieben „sichere Häuser“ (Frauenhäuser) in Bosnien-Herzegowina.

Die 2006 von der Heinrich-Böll-Stiftung organisierten Foren "Gewalt gegen Frauen" und "Gewalt in der Familie" zeigten, dass diese Problematik in kleineren Orten tabuisiert wird und es noch immer keine angemessenen Gegenmechanismen gibt.

Auch der Menschenhandel bleibt weiterhin ein großes Problem. Im Unterschied zu den Vorjahren begeben sich die Menschenhändler immer öfter in ländliche Gebiete mit der Absicht, Frauen für „fiktive Arbeitsgelegenheiten“ zu „rekrutieren“.

Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung gewinnen an Bedeutung, allem voran das Thema Klimawandel. Mit der Konferenz im Mai 2007 zu den Themen Energieeffizienz und erneuerbare Energien eröffnete die Heinrich-Böll-Stiftung einen Dialog zwischen Regierungs- und Nichtregierungsebene. Die Sozialdemokratische Partei (SDP) erklärte sich bereit, die bei der Konferenz vorgetragenen Standpunkte in kommenden Regierungssitzungen vorzustellen.

Der geplante Bau neuer Energieobjekte (acht neue Blocks für Kraftwerke und sechs hohe Staudämme) stehen im Widerspruch zu den EU Umwelt- und Energiestandards. Nach Einschätzungen des Ministeriums für Tourismus und Umweltschutz der Föderation Bosnien-Herzegowina bedarf es einer Investition von vier Milliarden Euro zur Sanierung der Umwelt und Einführung der EU-Anforderungen in ganz Bosnien-Herzegowina.

Wirtschaftslage

Die im Januar 2006 eingeführte einheitliche Mehrwertsteuer wirkte sich offiziellen Statistiken zufolge positiv auf die Verringerung der grauen und schwarzen Wirtschaft aus. Die öffentlichen Einnahmen waren höher als erwartet. Die Verteilung der eingegangenen Gelder löste hitzige Diskussionen aus, da die Republika Srpska und der Distrikt Brčko mit dem Verteilungsschlüssel unzufrieden sind. Außen vor blieben die im Vorfeld angekündigten sozialen Programme für Bedürftige. Die neu eingeführte, einheitliche Mehrwertsteuer erntete Kritik in der Bevölkerung: Der mit der Steuer einhergehende Preisanstieg aller Artikel bewirkte eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten

um 7,6% im Vergleich zum Vorjahr. Im Mai 2007 entschied der Ministerrat, ab 2008 einen differenzierten Mehrwertsteuersatz einzuführen. Der niedrigste Satz wird dann bei 5% liegen und der höchste bleibt bei 17%. Die Staffelung soll positive Auswirkungen auf die sozialwirtschaftliche Lage haben. Ebenfalls wurde entschieden, dass die an Srebrenica gespendete Materialhilfe von der Mehrwertsteuer zu befreien ist.

Der Anstieg der Inflationsrate wurde vor allem durch die Einführung der Mehrwertsteuer und den Anstieg der Ölpreise hervorgerufen. Bereits im Januar 2007 betrug sie 1,2%.

Es ist als Fortschritt zu werten, dass das Prozedere der Registrierung von Firmen von bisher 44 auf nur fünf Tage reduziert wurde. Positiver Nebeneffekt ist die Vereinheitlichung der Registrierungsprozedur der Unternehmen auf Landesebene.

Zwei größere Privatisierungen fanden in 2007 statt: die Privatisierungen der Telecom Srpska, der Hauptanteil wurde an die Telecom Serbien verkauft, und die Privatisierung von Energo-petrol, die an die kroatisch-ungarische INAMOL ging.

2006 beträgt die offizielle Arbeitslosenrate im gesamtstaatlichen Gebiet 43,6% (Föderation Bosnien-Herzegowina 47,8%, RS – 35,5%, Brčko Distrikt 56,4%). 246.881 (47,04%) der insgesamt 524.839 Arbeitslosen sind Frauen. Neben dem Kosovo verzeichnet Bosnien-Herzegowina somit die höchste Arbeitslosenrate in Europa. Die Angaben sind jedoch unter Vorbehalt zu betrachten, da der Prozentsatz der Schwarzarbeit sehr hoch ist.

6. Kroatien

Internationale Gemeinschaft

Die Koalition der Minderheitsregierung Ivo Sanaders (Kroatische Demokratische Gemeinschaft, HDZ) hat sich im vergangenen Jahr auf den Beitrittsprozess Kroatiens in die EU konzentriert. Ende 2006 konnte die erste Verhandlungsphase (screening) abgeschlossen werden. Das Europäische Parlament hat im April 2007 eine neue Resolution über Kroatien, basierend auf dem Bericht des Parlamentsmitglieds Hannes Swoboda (Sozialdemokratische Partei Österreichs, SPÖ) angenommen, in dem er das Land für seine bisher gemachten Fortschritte im Annäherungsprozess lobte. Die Verhandlungen wurden ausgeweitet. Der im Juni beim EU-Gipfel in Brüssel gefundene Kompromiss, nach dem die Europäische Union auf eine Verfassung im eigentlichen Sinne verzichtet und stattdessen einen neuen Vertrag in der Tradition der Verträge von Amsterdam oder Niz-

za beschließt, erhöht die Chancen Kroatiens auf einen raschen Beitritt.

Der EU-Integrationsprozess im Lande wird von einem sogenannten normativen Optimismus begleitet, der gekennzeichnet ist durch das formelle Kopieren und Transportieren europäischer gemeinschaftlicher Standards (acquis communautaire) in die nationale Gesetzgebung, während sich die Kapazitäten zu deren Anwendung nicht schnell genug entwickeln. Ein Konsens über einen bald möglichen EU-Beitritt besteht auch weiterhin zwischen allen parlamentarischen Parteien, aber die Bevölkerung wird nur teilweise in den Integrationsprozess eingebunden. Kroatien braucht auch weiterhin den Druck von außen als Impuls für die Reformen. Noch immer verfügt es nicht über genug eigene Kapazitäten zur vollständigen Verinnerlichung der Standards einer demokratischen politischen Kultur.

Das Demokratisierungspotential des EU-Integrationsprozesses bleibt weitgehend ungenutzt. Der Prozess entwickelt sich formell auf einer Ebene diplomatischer Gesten und besteht hauptsächlich aus der Verabschiedung EU-kompatibler Gesetze, für deren Anwendung es jedoch ebenfalls an Kapazitäten mangelt. Durch außenpolitische und diplomatische Aktivitäten versucht die Regierung, Defizite bei den mühsam vorangehenden inneren Reformen zu verbergen sowie von Korruptionsaffären abzulenken. Unangenehm für Sanaders Regierung war die Aufdeckung einer Affäre im kroatischen Privatisierungsfonds im Juni 2007. Unerwartet führte die durch die Regierung initiierte Untersuchung namens „Maestro“ zur Aufdeckung illegaler Aktivitäten und Bestechungen auf höchster Beamtenebene, im Verdacht standen auch einzelne Minister der Regierung.

Wenn sich über den EU-Beitrittsprozess Kroatiens sagen lässt, dass er intransparent sei und nicht alle Entscheidungsträger sowie gesellschaftliche Akteure involvierte, so ist das Maß an mangelnder Transparenz in Bezug auf die mögliche NATO-Mitgliedschaft Kroatiens noch wesentlich höher. Die Kommunikationsstrategie der Regierung ist ausschließlich bejahend und beinhaltet keinen kritischen Diskurs über die Auswirkungen einer Mitgliedschaft. Parlament und Regierung brachten bereits zum Ausdruck, dass über einen NATO-Beitritt nicht per Referendum entschieden werden sollte und die im Parlament vertretenen Parteien dieses Thema nicht auf die Agenda ihrer jeweiligen Wahlkampagnen setzen sollten.

Vergangenheitsbewältigung und Menschenrechte

Die Europäische Kommission stellte eine Minderung ethnischer Vorurteile gegenüber Serben bei Kriegsverbrecherprozessen an kroatischen Gerichten fest. Die Bereitschaft steigt, Kroaten, die

der Kriegsverbrechen beschuldigt sind, vor einheimische Gerichte zu bringen. So wurde beispielsweise im Sommer 2006 Anklage erhoben gegen den unabhängigen Parlamentsvertreter und Vorsitzenden des Stadtrates der Stadt Osijek, Branimir Glavaš, wegen Verbrechen an serbischen Zivilisten im Jahr 1991.

Es dauerte aber fast ein Jahr, bis die kroatische Justiz einen Weg zwischen dem starken öffentlichen Druck von rechts und alten Seilschaften aus der Tudjman's Zeit fand und einen ordentlichen Prozessverlauf gewährleisten konnte. Zuerst wurde Glavaš vorzeitig aus dem U-Haft entlassen, nachdem er sich während eines Hungerstreiks fast zu Tode gehungert hatte. Jedoch erhob die Staatsanwaltschaft in Glavaš's Hochburg Osijek im April 2007 Anklage gegen ihn sowie gegen sechs weitere Personen wegen Kriegsverbrechen. Glavaš wurde wieder verhaftet – diesmal begann der Gerichtsprozess ohne sichtbare Einmischung von außen.

Allerdings haben noch nicht alle Richter an lokalen Gerichten ihre Befangenheit überwunden, auch einzelne Gerichtsbeamte sind parteiisch in Bezug auf die Nationalität des Angeklagten. Einen ausreichenden Schutz von Zeugen vor Einschüchterung gibt es nicht. Der Einfluss einiger politischer Parteien auf die Justiz ist nach wie vor erkennbar.

Im Vergleich zum Vorjahr zahlenmäßig gleich geblieben sind die ethnischen motivierten Angriffe auf die serbische Minderheit und die orthodoxe Kirche. Zwar reagierte die Polizei schneller als in den vergangenen Jahren, trotzdem sind die Ermittlungen und die Strafverfolgung unzureichend. Einer nachhaltigen Rückkehr serbischer Flüchtlinge stehen viele Hindernisse im Wege, wie zum Beispiel ethnisch motivierte Feindseligkeiten in bestimmten Gebieten oder ungeklärte Besitzverhältnisse. Auf parteipolitischer und staatlicher Ebene existieren bereits Initiativen, Wohnrecht und Besitzansprüche der RückkehrerInnen zu lösen. Diskriminierung lässt sich auch im öffentlichen Bereich feststellen, wenn es um die Verteilung von Arbeit geht.

Per Gesetz sind die Minderheitenrechte gut geregelt, in der Praxis werden sie jedoch unzureichend angewendet. Kroatien benötigt eine umfassende Anti-Diskriminierungsstrategie als festen Bestandteil der nationalen Gesetzgebung.

Die Lage der sexuellen Minderheiten und ihr Status in der Gesellschaft verbesserten sich etwas. Sowohl die Kroatische Volkspartei (HNS) als auch die Sozialdemokraten (SDP) nahmen das Thema in ihren Wahlkampf auf. Die staatlichen Institutionen sind den sexuellen Minderheiten weiterhin nicht gut ge-

sonnen. So nahmen Anfang Juli 2007 etwa 300 Personen aus der Region und dem Ausland an der Zagreb Gay Pride teil. Die Veranstaltung stand unter starker polizeilicher Bewachung, danach allerdings wurden TeilnehmerInnen von militanten Jugendbanden an einigen Orten der Stadt brutal angegriffen. Die Polizei griff nicht wirksam ein. Eine sofortige Verurteilung der Angriffe durch staatliche Institutionen blieb aus.

Innenpolitik – Politische Parteien – Zivilgesellschaft

Die markantesten Ereignisse im genannten Zeitraum waren der Tod des Vorsitzenden der SDP, Ivica Račan im April 2007 und die Ankündigung der Parlamentswahlen für Ende November.

Durch die Wahl Račans Nachfolgers, des wesentlich jüngeren und dynamischeren Zoran Milanović zum neuen Präsidenten der SDP und dem damit verbundenen angedeuteten Generationswechsel in der Partei, konnte die SDP ihre Umfragewerte deutlich verbessern. Im Vergleich zur HDZ, die nach möglichen KoalitionspartnerInnen „rechts vom Zentrum“ sucht, führt die „verjüngte“ SDP offene Verhandlungen mit der HNS sowie anderen regionalen Parteien (beispielsweise dem Demokratischen Bund Istriens, IDS) über eine mögliche Regierung links vom Zentrum.

Im laufenden Wahlkampf zeichnet sich ab, dass die SDP die EU-Reformen vernachlässigt und den Akzent in Richtung soziale Fragen verschiebt. Die HDZ auf der anderen Seite kündigt nicht nur Veränderungen bei den Führungspersonen in der Regierung an, sie startet auch mit einem links orientierten sozial-liberalen Programm: Vollendung der Transition, Energiestabilität, Umweltschutz, Bildung, Wasserversorgung. Sie könnte damit zumindest teilweise eine für sie untypische Wählerschaft erreichen.

Das derzeitige Kräfteverhältnis zwischen HDZ und SDP im Juli 2007 steht 35% : 25% zugunsten der SDP. Die in den 90ern als rechts außen geltende Kroatische Rechtspartei (HSP) mit ihren 10 % darf nicht unterschätzt werden. Sie vertritt nationale strategische Interessen und wird als möglicher Partner der HDZ gehandelt. Im Parteienspektrum ist immerhin keine anti-europäische Kraft angesiedelt; die Parteien kranken eher an einem Mangel an innerparteilicher Demokratie und an hierarchischen Führungsstrukturen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen dagegen kämpfen mit anderen Schwierigkeiten. So kam es Anfang 2007 zu einem Skandal, als man Lauschangriffe und Sicherheitsüberprüfungen von einigen AktivistInnen aufdeckte, die als Mitglieder des Rates der Zivilgesellschaft nominiert waren. In der Affäre "Jadranka vs. Jadranka" war lange unklar, wer für die Anordnungen der

Sicherheitsüberprüfungen der AktivistInnen verantwortlich war – Jadranka Cigelj, damalige Leiterin des staatlichen Amtes für Vereinigungen, oder ihre Vorgesetzte und Vizepräsidentin der Regierung, Jadranka Kosor. Eine derartige Vorgehensweise macht das Misstrauen der Regierung gegenüber der Zivilgesellschaft deutlich. Letztendlich musste Jadranka Cigelj ihren Hut nehmen.

Im Laufe des Berichtsjahres kam es zu einem Anstieg der Gewalttaten an AktivistInnen sowie zu Verhaftungen, selbst in Fällen, in denen die Aktionen rechtzeitig angemeldet und korrekt durchgeführt waren. Zu diesen Fällen kann auch die Verhaftung von Jagoda Munić im April 2007 gerechnet werden, der Vorsitzenden der „Grünen Aktion“, die eine ganze Nacht in der Polizeiwache verbrachte. Der Staat greift gerne auf die Expertise der Zivilgesellschaft zurück und suggeriert damit in Brüssel die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Reformprozess. Nichtsdestotrotz ist die Tatsache ermutigend, dass nach der Entlassung Jadranka Cigeljs das Amt begonnen hat, wesentlich transparenter an der nationalen Strategie für die Förderung der Entwicklung der Zivilgesellschaft zu arbeiten, bei der im vergangenen Zeitraum auch die nationale Stiftung für Entwicklung der Zivilgesellschaft sehr aktiv war.

Ökologie und Umweltschutz

Im Vorjahreszeitraum wurde der Umweltschutz in der Öffentlichkeit zu einem der wichtigsten Themen. Allerdings wurde auf diesem Gebiet das Nicht-Funktionieren des Rechtsstaates (rule of law) immer deutlicher erkennbar. So war der genannte Zeitraum gekennzeichnet von ökologischen Zwischenfällen in allen Teilen Kroatiens, begleitet vom Konflikt der NRO und den BürgerInnen mit der Schwerindustrie. Kroatien wird immer öfter zum Transitland grenzüberschreitender Energieprojekte von vitalem Interesse, durch die Öl und Gas aus dem Osten in Länder der Europäischen Union gelangen.

Die Anpassung der nationalen Legislative an die europäischen rechtlichen Standards (acquis communautaire) im Bereich des Umweltschutzes wird weiterhin fortgesetzt. Dieser Prozess kostet elf Milliarden Euro. Die EU erwartet vom kroatischen Staat die weitere Stärkung der eigenen administrativen Kapazitäten, die Ausarbeitung eines Plans für die Herstellung des Prozesses und die Sicherung der Finanzen für die Durchführung des Plans. Die Gesetze jedoch, die den Umweltschutz in Kroatien regulieren, werden noch immer unter Ausschluss der Öffentlichkeit erlassen. Das Umweltschutzgesetz wurde im Mai 2007 angenommen und an das Parlament gegeben, ohne dass darüber auch nur eine öffentliche Debatte geführt wurde.

Anfang 2007 ratifizierte das Parlament nach langjährigem Druck das Kyoto Protokoll. Im Vorjahreszeitraum ist es erstmalig zu einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit von Grass Root-Umweltbewegungen aus Kroatien und Slowenien beim Kampf gegen den unkontrollierten Bau von Golfplätzen sowie zu gemeinsamen Aktionen gegen den Bau des LNG Terminals in Triest gekommen.

Grüne politische Option

Bei Entwicklung einer grünen politischen Option in Kroatien gibt es auch weiterhin keine bedeutenden Fortschritte. Die sechs vorhandenen grünen Parteien agierten weiterhin fragmentiert und unverbunden, oft auch mit gegensätzlichen Ansichten. Ende 2006 kam es zu einer Vereinigung der Führung dreier regionaler grüner Parteien/Vereinigungen – der Grünen Kroatiens (Osijek), dem Demokratischen Bündnis der Grünen (Istrien) und den Grünen Dalmatiens (Split). Im Gebiet in und um Rijeka ist die Partei der neuen Alternative aktiv, die sich in Grüne Partei umbenannt hat und unter diesem Namen ein Bündnis mit der Vereinigten Linken einging. Sie kündigte an, sich bei den Parlamentswahlen aufstellen zu lassen.

Unter den Mitgliedern der grünen politischen Parteien fehlen noch immer bekannte Namen und Personen mit einem eindeutigen bürgerlichen oder fachlichen Engagement, die mit ihren Kompetenzen die vorgestellten Agenden unterstützen könnten.

Wirtschafts- und sozialpolitische Fragen

Die kroatische Wirtschaft verzeichnet ein gutes Wachstum von etwa 4,8%, mit einer Inflationsrate von 3,2%. Die Prognosen für das Gesamtjahr 2007 gehen von einer Steigerung des Bruttosozialprodukts zwischen 5% und 7% aus. Momentan entspricht das kroatische Bruttosozialprodukt 50% des durchschnittlichen Bruttosozialprodukts in der EU. Die Arbeitslosenrate schwankt immer noch zwischen 11% und 15%. Generell jedoch hat sich die Lage Kroatiens hinsichtlich der globalen Konkurrenzfähigkeit deutlich gebessert. Trotzdem blieb die erwartete Welle ausländischer Investitionen bisher aus, da die Defizite in der Rechtsstaatlichkeit den Investoren nicht genug Sicherheit bieten.

Der seit dem Zerfall Jugoslawiens bestehende Rechtsstreit mit Slowenien um die Grenze an der Piraner Bucht wird wahrscheinlich erst durch einen internationalen Schiedsspruch gelöst werden. Mit Bosnien-Herzegowina bleiben Streitigkeiten um die Nutzung des kroatischen Hafens Ploče (traditioneller Handelshafen Bosnien-Herzegowinas) und den Bau der Brücke über die Halbinsel Pelješac. Mit dieser Brücke will Kroatien den kurzen bosnisch-herzegowinischen Meereszugang, der die Kontinuität der kroatischen Küste unterbricht, umgehen.

Durch den gemeinsamen Energiemarkt ergeben sich Chancen für eine regionale Zusammenarbeit mit Serbien und Bosnien-Herzegowina. Während sich die wirtschaftlichen Beziehungen zu Serbien positiv entwickeln, ist der Fortschritt auf politischer Ebene langsamer. Im Juni 2007 wurde die Entschuldigung Boris Tadićs in einem Fernsehinterview für die in den 90er Jahren begangenen Verbrechen von der kroatischen Öffentlichkeit positiv aufgenommen.

Der Einfluss der Kirche ist stark. Sie tritt verstärkt als Unternehmerin mit fast korporativen Eigenschaften auf. Die Wirtschaftsmacht der Kirche wächst durch die Rückgabe ihres Eigentums vom Staat. Mittlerweile ist sie eine der größten Bauinvestoren, dem Kapital nach eine der führenden zehn Firmen in Kroatien. Ihr moralisches Ansehen jedoch ist von diversen Affären belastet.

Nicht zufrieden stellend ist die Medienfreiheit in Kroatien. Monopolbildung und Kommerzialisierung haben negative Auswirkungen auf eine professionelle und unabhängige Berichterstattung. Der Staat hält sich nicht aus der Ernennung von leitenden Medienmachern in staatlichen Medien heraus. Wegen unterschiedlicher Maßstäbe bei der Berechnung der Steuern und Abschreibung von Schulden für staatliche und regierungskritische Medien gerieten einige unabhängige Blätter, wie Feral Tribune, in wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Regionaler Ausblick

In der gegenwärtigen Phase bejaht der Großteil der Politikelite in der Region sowohl die ethnischen Konzepte des Staates und der Gesellschaft als auch den Beitritt zur EU. Die europäische Komponente ihrer Politik ist so oft nur ein notwendiges Übel

auf dem Wege der Realisierung ihrer jeweiligen national-ethnischen Programme.

In Serbien ist nach dem „Verlust“ Montenegros das Kosovo für die meisten politischen Akteure das letzte imaginäre Schlachtfeld zur Verteidigung ihrer rückwärts gewandten Utopien. Nach Beendigung dieses hoffentlich letzten Kapitels des jugoslawischen Zerfallprozesses wird sich auch Belgrad der Realität stellen müssen, es sei denn, jene Kräfte gewinnen die Oberhand, die nach einer territorialen Kompensation für den Verlust des Kosovos als der „Wiege des Serbentums“ trachten, beispielsweise in Bosnien-Herzegowina. Die pro-europäischen Kräfte, wie die Liberal-demokratische Partei (LDP), müssen ihre Stellung halten bis das große Kosovo-Spiel und die kleine, aber schwierige Mission „Verhaftung von Mladić“ beendet ist. Sie werden eine starke externe Unterstützung weiterhin bitter nötig haben.

In der Zwischenzeit warten die Radikalen auf die für Ende 2007 oder Anfang 2008 inoffiziell angekündigten Präsidentschaftswahlen, bei denen der Staatspräsident direkt vom Volk gewählt wird. Das emotional besetzte Thema Kosovo wird dann sicherlich im Vordergrund stehen. Falls das Kosovo demnächst irgendeine Art offizieller Unabhängigkeit erhält, ist das für die serbischen Radikalen ein Heimspiel.

Im Kosovo wächst die Unzufriedenheit in der kosovo-albanischen Bevölkerung, die serbische Minderheit schottet sich ab. Die internationalen Akteure versuchen fieberhaft, eigene Differenzen zu überwinden. Anfang August besuchten die neuen Vermittler in den Kosovo-Verhandlungen, Frank Wiesner aus den USA und Alexander Bozan-Chartschenko aus Russland sowie der deutsche Diplomat Wolfgang Ischinger, der im Auftrag der EU Mitglied dieser Troika wurde, Belgrad und Prishtina. Die serbische Staats- und Regierungsspitze lehnte wiederholt eine wie auch immer geartete Abspaltung des Kosovos ab, während die albanischen Spitzenpolitiker die Verhandlungen über die verlangte Selbstständigkeit völlig verweigerten. Die USA und die EU wollen die Anfang August begonnene neue Verhandlungsrunde auf 120 Tage begrenzen, Russland spricht sich gegen eine zeitliche Begrenzung aus.

Die Wahrscheinlichkeit einer Verschärfung des Kosovo-Problems, sogar einer Gewalteskalation, ist realistischer als eine Verhandlungslösung.

Nichtdestotrotz - nach Beendigung des politischen Gezerres um den Status des Kosovos darf das Gebiet nicht der letzte weiße Fleck im westlichen Balkan bleiben, der nicht an die Europäische Union herangeführt wird. Deshalb stellt das Kosovo eine

große Herausforderung für die EU dar. Die Internationale Gemeinschaft wird die Verantwortung für die Sicherheit und Stabilität weiterhin tragen müssen.

Montenegros Fortschritte auf dem Weg der Annäherung an die EU scheinen den Befürwortern der Unabhängigkeit Recht zu geben: Ohne Serbien geht es schneller nach Europa. Dieser Prozess ist jedoch keine Zauberformel zur Überwindung der tiefen Kluft in der montenegrinischen Gesellschaft. Die Distanz zwischen der montenegrinischen Mehrheit und der serbischen Minderheit wächst. Die Verfassungsdebatte zeigt, dass das Land noch kein republikanisches Selbstverständnis besitzt und die territorial-ethnischen Prinzipien tief in der Denkweise der politischen Akteure verankert sind. Dabei hat ausgerechnet das kleine Montenegro die größte Chance, die erste durch die Verfassung gesicherte, nicht ethnisch definierte, republikanische Gemeinschaft auf dem westlichen Balkan zu werden. Dieser Entwicklung im Wege stehen die Clanstruktur im Machtapparat sowie der bereits fortschreitende wirtschaftliche Ausverkauf des Landes. Die „Bewegung für Veränderungen“ (PzP), Partner der Heinrich-Böll-Stiftung kämpft im montenegrinischen Parlament für mehr Transparenz. Ob diese Bemühungen erfolgreich sein werden, hängt nicht zuletzt von der Aufrechterhaltung des Modernisierungsdrucks aus Brüssel ab.

Die nächsten Kommunalwahlen in Bosnien-Herzegowina finden 2008 statt. Es ist keine deutliche Machtverschiebung zu erwarten. Die Verfassungsreform muss intensiviert und der EU-Integrationsprozess beschleunigt werden. Sollten diese Reformen nicht bereits im zweiten Halbjahr 2007 vorangetrieben werden, steht dem Land eine ernsthafte politische und soziale Krise bevor. Der Druck der EU auf Bosnien-Herzegowina, einen positiven Kurswechsel durchzuführen, wird auch in der kommenden Periode nicht nachlassen. Weiterhin steht noch die Antwort auf die Frage nach der Schließung des OHR-Büros und seiner Ersetzung durch ein EU-Büro aus Bosnien-Herzegowina ist auch künftig auf Unterstützung durch den Westen angewiesen, da sowohl die Gesellschaft als auch der Staat immer noch ethnisch fragmentiert sind und eine politische Alternative nicht absehbar ist.

In Kroatien wird 2008 als Schlüsseljahr für weitere Verhandlungen mit der Europäischen Union gesehen, in dem die neue Regierung die Diskrepanz zwischen den erlassenen Gesetzen und ihrer Anwendung deutlich verringern muss. Dabei ist es äußerst wichtig, die Zivilgesellschaft in den EU-Integrationsprozess einzubinden. Für einen NATO Beitritt wird ein breiterer öffentlicher Konsens nötig sein. Die führenden Politikeliten müssen bei ihrer Entscheidungsfindung die BürgerIn-

nen besser miteinbeziehen. Die Anwendung demokratischer Instrumente, wie das Referendum, sollten in Erwägung gezogen werden. Das Gleiche gilt für den Bereich Umweltschutz. Der Zugang der BürgerInnen zu Informationen sowie ihre Beteiligung am Diskussionsprozess von Gesetzesentwürfen ist unumgänglich.

Hinsichtlich der Pressefreiheit gilt für alle Länder der Region: Die alten Abhängigkeitsverhältnisse, die noch aus der Kriegszeit stammen und die neuen Zwänge, die die Einführung der Marktwirtschaft für Medien auf dem Balkan verursachen, schränken die Pressefreiheit ein. Häufig wandelte sich die altnationalistische politische Elite zu einer neuen Wirtschaftselite. Eine Verschmelzung von Propaganda und Kommerz sowie die um sich greifende Boulevardisierung behindert die Medien in ihrer demokratischen Kontrollfunktion. Deshalb wächst die Bedeutung der Medienarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in der Region.

Auf lokaler Ebene nimmt in Serbien, Bosnien-Herzegowina und auf dem Kosovo -oft unsichtbar- der Einfluss extremistischer und religiös-fundamentalistischer Organisationen zu. Das Verhältnis zwischen erstmalig politisierten Religionsgemeinschaften und den politischen Freiheiten - insbesondere der Frauenrechte – gewinnen zunehmend an Bedeutung. Immer aggressiver gebärden sich auch die kleinen Gruppierungen an den rechten Rändern. Mit offener verbaler und physischer Gewalt gegenüber den führenden Personen der politisierten Zivilgesellschaft, anders denkenden PolitikerInnen, JournalistInnen und BürgerInnen, ist weiterhin zu rechnen.

Die einzelnen Länder in der Region müssen schneller an die EU herangeführt werden. Die Vorgehensweise muss jedoch den spezifischen Gegebenheiten jedes einzelnen Landes gerecht werden. Der Regionalansatz der Heinrich-Böll-Stiftung in Südosteuropa wird es daher auch künftig ermöglichen, dass die durch eine kritische Begleitung des EU-Integrationsprozesses in einem Land gewonnenen Erkenntnisse auch für die anderen Länder nutzbar gemacht werden.

Anhang: Wichtige Ereignisse in der Region Juli 2005 – Juli 2006

JULI 2006

Der Hohe Repräsentant in Bosnien-Herzegowina, Christian Schwarz-Schilling, rehabilitierte 60 Amtsträger, die von vorher-

rigen Hohen Repräsentanten in den vergangenen Jahren von ihren öffentlichen Ämtern abgesetzt wurden.

AUGUST 2006

Joachim Rückert wird neuer Chef der UN-Mission auf dem Kosovo.

Unbekannte Personen sprengen das Grab des ersten Präsidenten des Präsidiums Bosnien-Herzegowinas, Alija Izetbegović, in die Luft. Die Täter sind bis heute unbekannt.

SEPTEMBER 2006

Das Haager Tribunal verurteilt Momčilo Krajišnik, ehemaliger Parlamentsvorsitzender der Republika Srpska sowie ehemaliges serbisches Präsidiumsmitglied Bosnien-Herzegowinas, wegen Kriegsverbrechen zu 27 Jahren Haft.

OKTOBER 2006

Das Serbische Parlament verabschiedet die neue Verfassung, in der das Kosovo als Bestandteil Serbiens bezeichnet wird. Die Verfassung wird im Referendum bestätigt.

Allgemeinwahlen in Bosnien-Herzegowina.

Kroatien schließt die erste Verhandlungsphase mit der EU ab.

NOVEMBER 2006

Die Europäische Kommission empfiehlt in ihrem Bericht das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Bosnien-Herzegowina nicht zu unterzeichnen.

Im ersten bosnisch-herzegowinischen Kriegsverbrecher-Prozeß den das Haager Tribunal an den Gerichtshof Bosnien-Herzegowina überträgt, wird Radovan Stanković wegen Kriegsverbrechen in Foča zu 20 Jahre Haft verurteilt.

Das ehemalige kroatische Präsidiumsmitglied Bosnien-Herzegowinas, Dragan Čović, wird wegen Amtsmissbrauchs vom Gerichtshof Bosnien-Herzegowina zu fünf Jahren Haft verurteilt.

DEZEMBER 2006

Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina treten offiziell dem NATO Programm Partnerschaft für den Frieden bei.

JANUAR 2007

Die CEFTA wird um die sogenannten „Westbalkan-Staaten“ und Moldawien erweitert. Dabei kommt es zur Lockerung einiger Aufnahmekriterien.

Der Chef der „Serbischen Liste“ aus dem Kosovo, Oliver Ivanović, kündigt die Unabhängigkeitserklärung für die von den Serben bewohnten Kosovo-Gebiete an, falls das Kosovo unabhängig wird.

Nikola Špirić (SNSD) ist neuer Ministerpräsident Bosnien-Herzegowinas.

FEBRUAR 2007

Der Internationale Gerichtshof (IGH) lehnt die Völkermord-Klage Bosnien-Herzegowinas gegen Serbien aus Mangel an Beweisen ab. Das Gericht sieht im Fall der ostbosnischen Stadt Srebrenica als erwiesen an, dass Völkermord 1995 begangen wurde. Serbien wird verantwortlich gemacht, die Verbrechen nicht verhindert zu haben.

Der Friedensimplementierungsrat (PIC) entscheidet, dass die für Juni 2007 vorgesehene Schließung des Büros des Hohen Repräsentanten um ein Jahr verschoben wird.

Der neue Ministerrat Bosnien-Herzegowinas wird ernannt.

MÄRZ 2007

Der finnische UN-Vermittler Martti Ahtisaari legt dem UN-Sicherheitsrat seinen Plan für eine eingeschränkte Unabhängigkeit des Kosovos unter Aufsicht der EU vor.

Die neue Regierung der Föderation Bosnien-Herzegowina wird ernannt.

APRIL 2007

Annahme der Kroatien-Resolution durch das Europäische Parlament.

Tod des langjährigen Vorsitzenden der kroatischen SDP, Ivica Račan.

Bombenanschlag auf den Journalisten der Belgrader Wochenzeitung „Vreme“, Dejan Anastasijević.

In dem südserbischen Gebiet Sandschak kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen einer islamischen Gruppe mit der serbischen Polizei. Der Anführer der Gruppe wird getötet, zwei weitere Personen verletzt.

MAI 2007

Die neue Regierung Serbiens mit Ministerpräsident Vojislav Koštunica tritt an.

Urteilsverkündung im Prozess um die Ermordung des ehemaligen serbischen Ministerpräsidenten Zoran Djindjić.

Aufnahme Bosnien-Herzegowinas in den UNO-Menschenrechtsrat.

Radovan Stanković flieht aus dem Gefängnis Foča.

Der Gerichtshof Bosnien-Herzegowinas erlässt das erste rechtskräftige Urteil im Fall von islamistischem Terrorismus.

Der als Kriegsverbrecher gesuchte frühere Offizier der bosnischen Serben Zdravko Tolimir wird verhaftet und dem UN-Tribunal in Den Haag überstellt

JUNI 2007

Im kroatischen Fernsehen entschuldigt sich der serbische Präsident Boris Tadić für die im letzten Krieg in Kroatien begangenen Verbrechen.

Der Hohe Repräsentant, Christian Schwarz-Schilling, erlässt das Gesetz über die Gedenkstätte Srebrenica-Potočari, welches die Stätte unter die Zuständigkeit des Staates Bosnien-Herzegowina stellt.

Ende des Mandats des Deutschen Hohen Repräsentanten und EU-Sonderbeauftragten in Bosnien-Herzegowina.

Der amerikanische Präsident Bush kündigt bei seinem Besuch in Albanien eine baldige Unabhängigkeit des Kosovos und den NATO Beitritt Kroatiens an.

Der als Kriegsverbrecher gesuchte, ehemalige serbische Polizeigeneral Vlastimir Djordjević - während des Kosovo-Krieges Chef der serbischen Polizeitruppen - wird in Montenegro verhaftet und dem UN-Tribunal in Den Haag überstellt.

Die EU nimmt die im Mai 2006 ausgesetzten Gespräche über ein Assoziierungsabkommen mit Serbien wieder auf

JULI 2007

Am zwölften Jahrestag des Massakers von Srebrenica nehmen mehr als 30.000 Menschen an der Gedenkfeier für die Opfer auf dem Gedenkfriedhof Potočari teil. Weitere 465 identifizierte Opfer werden beigesetzt.

Der ehemalige Präsidenten der inoffiziellen Serbischen Republik Krajina in Kroatien, Milan Martić wurde zu 35 Jahren Haft verurteilt worden. Das Gericht befand ihn für schuldig, während des Krieges in Kroatien von 1991 bis 1995 für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantwortlich gewesen zu sein.

Der Slowake Miroslav Lajčák tritt sein Amt als neuer Hoher Repräsentant und EU-Sonderbeauftragter in Bosnien-Herzegowina an.

Russland lehnt erneut einen westlichen Resolutionsentwurf zum Kosovo ab.

AUGUST 2007

Die neuen Vermittler in den Kosovo-Verhandlungen Frank Wiesner aus den USA und Alexander Bozancschartchenko aus Russland sowie der deutsche Diplomat Wolfgang Ischinger, der im Auftrag der EU Mitglied dieser Troika wurde, besuchen Belgrad und Prishtina.